

Medienmitteilung: LGBT-Vorstösse zu Sotschi 2014 und Russland im Nationalrat

Nationalrätin Aline Trede (GP, BE) und Nationalrat Martin Naef (SP, ZH) bringen das homophobe Anti-Propagandagesetz Russlands aufs Tapet. Der Bundesrat muss sich bis Dezember noch vor den Olympischen Spielen den heiklen Fragen stellen.

In der vergangenen Herbstsession haben die beiden Parlamentsmitglieder Aline Trede und Martin Naef im Zusammenhang mit den anstehenden Olympischen Winterspielen in Sotschi (Russland) Interpellationen zum russischen Propagandagesetz und zur Haltung des Bundesrates in dieser Frage deponiert (Siehe S. 2 & 3 dieser Medienmitteilung).

Nationalrätin Trede fokussiert dabei auf Fragen nach der Einhaltung der Menschenrechte und der Kompatibilität mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Auch die finanzielle Beteiligung der Schweiz an Spielen in Ländern mit schlechter Menschenrechtssituation und diesbezüglichen Sanktionsmöglichkeiten sind Thema. Sie schliesst dabei ebenfalls die Fussball-WM 2018 mit ein. Martin Naef hat auf Basis der Antworten auf eine frühere Interpellation (12.3174 – Menschenrechte als integraler Teil aller Gespräche mit Russland) Einblick in die allgemeine Thematik erhalten und doppelt nun betreffend das rückschrittliche Anti-Propagandagesetz nach. Er stellt Fragen zur Kooperation mit diplomatischen Vertretungen anderer Länder und bittet um Aufklärung darüber, inwiefern der Bundesrat als Gastland des „International Olympic Committee“ (IOC) auf diesem Weg direkt Einfluss zu nehmen gedenkt. Beide Parlamentsmitglieder wollen mehr Informationen zum Schutz der Athletinnen/Athleten bzw. Besucherinnen/Besucher während der Olympischen Spiele.

Die beiden Vorstösse, die von mehreren Nationalrätinnen und Nationalräten verschiedener Parteien unterzeichnet wurden, müssen vom Bundesrat bis zur nächsten Session im Dezember beantwortet werden. Die LGBT-Community der Schweiz darf also gespannt sein, welche Position der Bundesrat in dieser Frage konkret einnimmt und welche Massnahmen bzw. Sanktionsmöglichkeiten er vorsieht, um Druck gegen das homophobe Anti-Propagandagesetz in Russland auszuüben.

Für Fragen stehen zur Verfügung:

Aline Trede: 077 411 23 91

Martin Naef: 079 682 55 25

13.3686 – Interpellation

Wehrt sich der Bundesrat gegen Homophobie in Russland - auch in Anbetracht der baldigen Sport-Grossveranstaltungen in Russland?

Der Bundesrat wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Setzt er sich in Russland dafür ein, dass dieses neue Russische Gesetz zu "nichttraditionellen sexuellen Beziehungen" aufgehoben wird?
2. Ist er auch der Meinung, dass die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) durch dieses Gesetz in Russland nicht eingehalten wird?
3. Welche öffentlichen Gelder fliessen direkt und indirekt in die Olympischen Winterspiele in Sotschi?
4. Wie hoch ist dieser finanzielle Beitrag?
5. Sieht er eine Möglichkeit, Sportverbänden öffentliche Gelder zu entziehen, wenn sich diese mit Delegationen an Wettkämpfen in Ländern beteiligen, in denen die EMRK nicht eingehalten wird?
6. Kann er sich Schritte vorstellen, um beispielsweise über Sportveranstaltungen, Druck auf Russland mit dem Ziel einer Aufhebung dieses Gesetzes auszuüben?
7. Sieht er Massnahmen vor um Schweizerische Sportlerinnen und Sportler die an den Winterspielen in Sotschi teilnehmen vor Übergriffen und Anfeindungen durch den russischen Staat aufgrund dieses Gesetzes zu schützen?

Begründung

Im russischen Sotschi werden im 2014 die Olympischen Winterspiele stattfinden. Jedoch hat das russische Parlament ein Gesetz verabschiedet, dass mit der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar ist. Das Gesetz über die "nichttraditionellen sexuellen Beziehungen" schürt die Homophobie und es kommt in Russland immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen aufgrund der sexuellen Orientierung. Der Umgang der russischen Behörden mit homosexuellen Bürgerinnen und Bürgern erinnert an dunkle Zeiten in der Geschichte. In unserem Verständnis von Gleichberechtigung und Menschenrechten ist dieses Gesetz ein schlimmes Verbrechen.

Auch Schweizer Sportlerinnen und Sportler kämpfen bereits heute dafür, dass sie dank ihren sportlichen Leistungen an den Sportveranstaltungen in Russland teilnehmen können.

Wir leben in einer offenen, liberalen Gesellschaft und setzen uns dafür ein, Grund- und Menschenrechte auf der ganzen Welt durchzusetzen. Die sexuelle Ausrichtung darf nie ein Grund für Diskriminierung sein - egal wo und in welchem Zusammenhang.

Mitunterzeichnende:

[Hodgers Antonio](#), [John-Calame Francine](#), [Rytz Regula](#), [Schelbert Louis](#)

13.3917 – Interpellation

Propagandaverbot für Homosexuelle in Russland und Olympische Spiele

Nachdem die Stadt St. Petersburg bereits seit 2012 ein "Anti-Propaganda-Gesetz" kennt, hat die russische Regierung nun ein ähnliches Gesetz zum Verbot "homosexueller Propaganda" für das ganze Land verabschiedet. Das Gesetz richtet sich direkt gegen Menschen der LGBT-Community (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender) und belegt, dass sich die rechtliche Situation von LGBT in Russland stetig verschlechtert. Aufgrund der vagen Formulierung des Gesetzes kann sogar das blosses Tragen eines Regenbogen-T-Shirts oder ein Social-Media-Eintrag zu LGBT-Beziehungen als Propaganda ausgelegt und mit Geldstrafen von EUR 2'270 bis zu EUR 22'700 (für Organisationen) bestraft werden. Die Verschlechterung für LGBT in Russland und die Tatsache, dass die russische Stadt Sotschi am Schwarzen Meer anfangs 2014 Austragungsort für die Olympischen Winterspiele ist, sind jüngst aufgrund einer Petition an das Internationale Olympische Komitee (IOC) in die Schlagzeilen geraten. Trotz 300'000 Unterschriften bezieht sich das IOC gemäss Medienberichten auf die 50. Regel der Olympischen Charta und rechtfertigt damit, dass sie sich betreffend des Anti-Propaganda-Gesetzes auf Russlands Seite stellt. Im Lichte dieser Entwicklung bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Departemente stehen in direktem Kontakt mit den russischen Behörden? Wird die sich verschlechternde Menschenrechtssituation für LGBT in Russland bei diesen Kontakten aktiv thematisiert?
2. Das Thema ist mittlerweile auf der Agenda verschiedener LGBT-freundlicher Nationen. Stehen die Schweizer Vertretungen in Russland mit anderen diplomatischen Vertretungen vor Ort oder auch in der Schweiz in Kontakt, um gemeinsam nach diplomatischen Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation für die LGBT-Community zu suchen?
3. Das IOC hat seinen Sitz in Lausanne. Welche Departemente stehen regelmässig in Kontakt mit dem IOC? Wird die Diskriminierung von LGBT im nächsten Gastgeberland bei diesen Kontakten thematisiert?
4. Wie gedenkt der Bundesrat, schweizerische Athletinnen und Athleten sowie Besucherinnen und Besucher der Winterspiele in Sotschi, welche beabsichtigt oder unbeabsichtigt gegen das Anti-Propaganda-Gesetz verstossen, in besonderer Weise zu schützen?

Mitunterzeichnende:

[Badran Jacqueline](#), [Glättli Balthasar](#), [Maire Jacques-André](#), [Markwalder Christa](#), [Moser Tiana Angelina](#), [Reynard Mathias](#), [Schwaab Jean Christophe](#), [Tornare Manuel](#), [Trede Aline](#), [Wermuth Cédric](#)